

Der Bund Naturschutz und das Eine Welt Netzwerk haben auf Bayernebene im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl gemeinsam eine Initiative zur sozialen und ökologischen Erneuerung ins Leben gerufen und hierzu entsprechende Forderungen aufgestellt. Um die bayernweite Initiative auch im lokalen Bereich in Ansbach wirken zu lassen, haben sich jetzt Vertreter verschiedener lokaler Organisationen – in dieser Konstellation erstmals – zusammengefunden, um eine gemeinsame Veranstaltung im Vorfeld zur Landtagswahl zu organisieren. Neben dem Bund Naturschutz (BN), haben sich der Eine Welt Verein Herrieden, RESPECT, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und der CVJM zusammengeschlossen, um gemeinsam Aktionen für sozial gerechte und ökologisch notwendige Projekte zu initiieren oder zu begleiten.

Neben den fünf Forderungen an die Landtagskandidaten:

1. Kennzeichnungspflicht bei Fleisch, Milch und Eiern bei Verwendung gentechnisch veränderter Futtermittel!
2. bio-regional-faire Verpflegung in bayerischen Behörden!
3. Der Freistaat Bayern kauft künftig sozial und ökologisch ein!
4. Stopp der unsozialen Milch- und Fleischexporte in Länder des globalen Südens!
5. Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie gemeinsam gestalten und konsequent umsetzen!

sollen auch lokale Projekte angegangen werden. Es ist angedacht, gemeinsame Aktionen beispielsweise zur Verminderung des Flächenverbrauchs oder Strategien gegen das Insekten- und somit Artensterben durchzuführen.

Eine erste Veranstaltung unter dem Motto: „Bayerns Verantwortung für die Eine Welt“ findet am 11. September 2018, in den Ansbacher Kammerspielen statt.

Bei der Podiumsdiskussion um 19.30 Uhr können die Direktkandidaten für die Bayerische Landtagswahl ihre Standpunkte verdeutlichen. Eingeladen wurden die Vertreter der aktuell im Landtag vertretenen Parteien:

Andreas Schalk (CSU), Norbert Ringler (SPD), Dr. Peter Bauer (FW) und Martin Stümpfig (Bündnis 90/Die Grünen); Moderation: Hannes Hüttinger (BN)

Zu den anschließenden Direktgesprächen an Infoständen werden alle aktuell kandidierenden Kandidaten und Kandidatinnen zu einer Stellungnahme zu sozialen und ökologischen Themen gebeten und eingeladen, sich der Diskussion mit den Teilnehmern zu stellen.